

Michael Pleister

Bachelor- und Master-Studiengänge/Hamburg: Zensurenfetischismus und neoliberal geprägtes Bezugsfeld

- Skizzen einer kritischen Sichtung -

Es liegt nun schon zeitlich ein wenig zurück, dass an die Mitglieder des Fachbereichs Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg ein auf elektronischem Wege verbreiteter „Offener Brief an die Fakultät“ unter der Überschrift „Wider den Zensurenfetischismus - Bewertung von Prüfungsleistungen im BA-Studiengang“ erging, - ein Text, in dem der Verfasser Hans Wocken – durchaus zu Recht – die zukünftig mit pedantisch ausgeklügelter Bürokratie zu praktizierende Notenvergabe für studentische Seminarleistungen insbesondere im neuen Bachelor-Studiengang vehement kritisiert. Die angesprochene Problematik ist weiterhin hochaktuell, und so sei der Anschaulichkeit halber zunächst folgende Textpassage zitiert:

Der Fakultätsrat hat in seiner Sitzung am 17.5. beschlossen, in dem künftigen BA-Studiengang die Studienleistungen mit Noten von 1 bis 5 zu bewerten.

Dem Beschluss zufolge sind auch Abstufungen möglich, allerdings sind etwa die Noten 4,3 und 4,7 nicht erlaubt. Es ist sehr wohl möglich, etwa zwischen gut (2,0) und noch gut (2,3) zu unterscheiden, aber eine Unterscheidung zwischen ausreichend (4,0) und noch ausreichend (4,3) ist nicht möglich. Bei der Berechnung der Gesamtnote für ein Modul werden zwei Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt! (Offener Brief, 12.06.06)

Und weiter heißt es:

Jenseits solcher Absurditäten erhebe ich hiermit in aller Form, öffentlich und mit Entschiedenheit Einspruch gegen diese neoliberalistische Evaluationspraxis.

(...)

Der Beschluss des Fakultätsrates ist für mich ein Kniefall vor dem BA-MA-Diktat! Ich bin tief beschämt, dass eine wissenschaftliche Einrichtung für „Pädagogik“ eine derart antipädagogische Praxis zur offiziellen Norm erhebt. (...) Nach dem Fakultätsratsbeschluss ist die Uni-Pädagogik das abschreckende Vorbild einer nicht akzeptablen Feedbackkultur! (Offener Brief, 12.06.06)

Mittlerweile ist die Umstellung der Studiengänge auf das neue System bundesweit in vollem Gange bzw. bereits abgeschlossen, wobei es verständlicherweise z.T. nicht unerheblichen Beratungsbedarf bei den Studierenden gibt und auch manche inhaltlich-strukturelle Anpassungsschwierigkeiten durchaus zu verzeichnen sind. Letztere werden aber – so ist zu vermuten – mit einem sich auch auf diesem Felde herausbildenden Organisationsgeschick, mit entsprechender Handlungsschulung des

Lehr- und Verwaltungspersonals überwunden. Die Gefahr, dass sich hier, ähnlich wie in anderen Bereichen, die neoliberal geprägten Reformen ausgesetzt sind, in Fragen von Inhalt und Gestaltung gleichermaßen ein gewisser Gewöhnungseffekt aus allzu eifertigem Konformitätsbestreben bei den einen und aus Resignation bei den anderen, wenn das einmal so ausgedrückt werden darf, einstellt, - diese Gefahr liegt durchaus auf der Hand. Die Bedeutung der neuerlichen Benotungspraxis ist letztlich nur zu erfassen, Kritik an ihr zu erwägen und schließlich argumentativ zu fundieren, wenn in den Blick genommen wird, wie sich die Vereinnahmung von Evaluation und Zensuren durch den gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess vollzieht.

Auch derjenige, der in den hochschulpolitischen Diskurs nicht unmittelbar involviert ist, der aber die bildungspolitisch relevanten Entwicklungen im Bereich von Universität und Wissenschaft doch mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird den Fragen und Problemen, die gerade im Zusammenhang mit den neuen BA- und MA-Studiengängen auftauchen und sich schellen Lösungen häufig widersetzen, nicht ausweichen können und sich zu einer bildungspolitischen Gesamteinschätzung geradezu herausgefordert fühlen. Fast überflüssig wohl zu erwähnen, dass eine kritische Haltung kaum auf der Linie dessen liegt, was Herrschaftsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung von den im Bildungssystem Tätigen an Ausführung und Vollstreckung technokratischer, „effizienzversessener“ Vorgaben erwarten.

Wer in bewusster Abkehr von gängigen Positionierungen zu einer skeptischen Einstellung gegenüber sozialökonomischen Entwicklungen, die nun schon seit Jahren anhalten und gesellschaftliche Segregationstendenzen offensichtlich massiv befördern, sowie gegenüber den universitären Strukturveränderungen, die dem Zeitgeist ihre Reverenz erweisen, die bereits vollzogen wurden bzw. noch in Aussicht stehen, - wer also zu einer reservierten Haltung gegenüber dem „Zug der Zeit“ findet, um es salopp zu sagen, wird sich immer noch durch die so genannten „Frankfurter Einsprüche“ von 2005 bestätigt sehen, die unter der Internet – Adresse <http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb04/download/Thesen10.pdf> abrufbar sind und im Übrigen mit einem entsprechenden Listeneintrag unterstützt werden konnten.

Dass die mit der Einführung der umstrukturierten Studiengänge verbundene Frage nach verschärfter Reglementierung der Notenvergabe für Studienleistungen kein „Zufallsprodukt“ ist, sondern sich in den Gesamtkomplex der mittlerweile augenscheinlich gewordenen Umbrüche im Hochschulwesen nahtlos einfügt, ist vermutlich nicht einmal jedem Verantwortlichen an der Universität geläufig und wird auch keinesfalls von einer Mehrzahl der Studierenden in dieser Form wahrgenommen, reflektiert oder diskutiert.

So erweist sich ein Deutungsansatz, der letztlich für die Einbettung gerade der auch im Universitätsbereich vielfach hochherzig als Reform angepriesenen Maßnahmen in den gesellschaftlichen Globalzusammenhang, - der also für eine „Systemimplemen-

tierung“ hellhörig zu machen sich angelegen sein lässt, als überaus begrüßenswert. Immerhin taucht der auf recht unmissverständliche Klassifikation abzielende Begriff „neoliberalistisch“ in den Darlegungen jenes Offenen Briefes, aus dem anfangs zitiert wurde, dreimal auf: So ist von einer „neoliberalistische(n) Evaluationspraxis“, von einer „rückwärts gewandten neoliberalistischen Manchester-'Pädagogik“, einer „neoliberalistische(n) 'Reform“ und schließlich, was Funktionalität und abzusehende Konsequenzen der zu Recht kritisierten Benotungspraxis – insbesondere auch in der Schule - anbelangt, von einem „willfährige(n) Instrument der Selektion“ sowie von „soziale(m) Ausschluss“ die Rede.

Kaum notwendig zu betonen, dass gerade auch die beiden letztgenannten Sachverhalte, Selektion und Exklusion mithin, unzweifelhaft im Umfeld von Globalisierung und Neoliberalismus – beide selbst im Windschatten eines mittlerweile völlig ungeniert Macht und Herrschaft einfordernden Sozialdarwinismus – anzusiedeln sind.

Die Fähigkeit – und dies dürfte nicht nur für die Studentenschaft, sondern für alle Mitglieder unseres Gemeinwesens gelten - die Kompetenz also, einzelne Elemente gesellschaftlicher Veränderungen oder auch ganze Wandlungsprozesse in Zusammenhänge allgemeineren Charakters einzuordnen, so z.B. eine bestimmte Reform oder auch nur den singulären Bestandteil einer solchen hier als „neoliberalistisch“ zu qualifizieren, setzt, wenn von der polemischen Zuspitzung im vorliegenden Fall einmal abgesehen wird, in der Regel ein hohes Maß an Kenntnissen über historisch-politische wie auch sozialökonomische Zusammenhänge, darüber hinaus die Verfügbarkeit von Kriterien, Maßstäben und Begriffen, insgesamt also, um es vielleicht ein wenig unzeitgemäß(!) auszudrücken, *Bildung* voraus. Leider ist vielen Menschen der Zugriff auf die eben genannten Bestände kaum mehr möglich, und diese Tendenz wird sich vermutlich fortsetzen. Denn als Konsequenz einer ubiquitären Straffung und Verschulung von Studiengängen, die einer verstärkten Befrachtung mit Prüfungen und einzufordernden Leistungsnachweisen ausgeliefert sind, wird für das „Denken“, allzumal für bildungspolitische Reflexionen immer weniger Zeit zur Verfügung stehen.

Hier drängt sich ein bestimmter, mit großer Wahrscheinlichkeit keinesfalls unberechtigter Verdacht auf, der sicherlich auch schon anderenorts vielfach geäußert wurde: Es liegt im Interesse sowohl derjenigen, denen eine ökonomische Entwicklung in neoliberaler Zuspitzung zum Vorteil gereicht, wie auch derjenigen, die den Profiteuren und Globalisierungsgewinnern in soziologischer Hinsicht lediglich nahestehen, dass sich das Maß der insbesondere über Bildung herzustellenden kulturelevanten Aufklärung, auch die Dimension gesellschaftlicher Politisierung, in erster Linie aber der Umfang sozialkritischen Bewusstseins letztlich doch in engen Grenzen halten, damit der sozioökonomische Status quo vor bestimmten unbequemen Fragen abgeschirmt und infolgedessen in seiner Existenz unangetastet bleibt.

Insofern befindet sich das Gemeinwesen – und dieser Sachverhalt sei hier noch einmal betont, auch wenn er bekannt sein dürfte - in einer Phase der Weiterentwicklung, die sich seit einiger Zeit zutiefst neokonservativ auszurichten im Begriffe ist. Die Affinität von Neoliberalismus und Neokonservatismus wird ja auch in der einschlägigen Literatur durchaus konstatiert (vgl. z.B. Dubiel (1985), S. 131, ferner Adolphs u.a. In: Buntenbach u.a. (Hrsg.) (1998), S. 98 – 119). Zudem wird sie nach der am 27. September 2009 erfolgten Bundestagswahl in der von den tonangebenden Politikern angestrebten, mittlerweile längst vollzogenen Mitte-rechts-Koalition ihren praktischen Niederschlag finden. - Doch zurück zum eigentlichen Thema: Eine allgemein verbreitete Grundbildung bezüglich historischer, politischer, sozialer und ökonomischer Sachverhalte ist Voraussetzung dafür, dass hinsichtlich einer Vielzahl von Einzelementen größerer Reformprozesse - hier also im Hinblick auf Detailbereiche wie BA-, MA-Abschlüsse, Studiengebühren, Leistungspunkte sowie Benotungen - Sinn- und Bedeutungskontexte konstituiert werden können, von denen es selbstverständlich mehrere gibt und geben muss. Wenn das neoliberale Interpretationsparadigma dabei zurzeit auch eine überaus dominante Rolle spielt – mit Bezug auf die gegenwärtigen „Verhältnisse“ von „Neoliberalismus“, auch von „Neokonservatismus“ zu sprechen, drängt sich förmlich auf -, so ist dies jedoch ein Aspekt, den zu übernehmen, zu modifizieren oder auch abzulehnen natürlich jedem freisteht. Viel wäre schon gewonnen, um an den oben formulierten Gedanken bezüglich Grundbildung anzuknüpfen, wenn die Disponibilität von Orientierungswissen, von Kriterien und Maßstäben durch die Wirkungsmächtigkeit eines Bildungswesens, in das sich der Gedanke der Emanzipation wieder stärker einschreiben sollte, allgemein ausgeweitet würde. Die Gesellschaftsmitglieder hätten dann, wenn beispielsweise das Thema derzeitiger Reformpolitik zur Diskussion steht, möglicherweise bessere Chancen, zunächst einmal die notwendigen Sinnzusammenhänge im Umfeld einzelner so genannter Reformschritte selbst herzustellen und sich in der Folge auch zu den politischen Veränderungen insgesamt stärker wissensbasiert zu positionieren. Letztlich kann es – um etwas konkreter zu werden – im Falle der Universität darum gehen, dass wesentlich mehr Studenten als bisher genau *das* auf der Grundlage *eigenen* Wissens bei völlig unterschiedlich ausfallender Wertung im Einzelnen nachzuvollziehen in der Lage sind, was sich in dem Offenen Brief an die Fakultät andeutet, dass nämlich – so selbstverständlich dies auch sein mag – im Grunde genommen fast jede Einzelercheinung eines angestrebten oder schon in Umsetzung befindlichen Reformprozesses, insbesondere so gut wie jedes Detail der Reformpraxis heute, die Stigmata von Zeitgeist und Zeitverhältnissen trägt. In diesem Sinne stellt eine „neoliberalistische Evaluationspraxis“ (Offener Brief), die es im BA - Studiengang gibt bzw. geben wird, ein Reformelement dar, in dem sich die ganze sozialökonomische Richtung gleichsam wie in einem Brennpunkt abspiegelt.

Um es noch einmal zu akzentuieren: Derjenige, der im Gegensatz zu den im neoliberalen Zeittrend liegenden fragmentarisierten Informationsbeständen über hilf-

reiches Orientierungswissen, über Kenntnisse, gar Bildung verfügt, befindet sich angesichts massiv ins Ungleichgewicht geratener kultureller Chancen in der durchaus als privilegiert zu bezeichnenden Lage, einzelne hochschulpolitische Maßnahmen auf dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Zusammenhanges eben unter Aktivierung seines Wissens deuten oder auch das Wechselverhältnis zwischen Einzelelement und vorherrschender Richtung, zwischen Partikular- und Globalbereich analysieren und interpretieren zu können. Ihm wird es leichter fallen, argumentativ Stellung zu beziehen und überdies für sich selbst Aufschluss darüber zu gewinnen, wie er ggf. seine Opposition in Verbindung mit anderen friedlich zu artikulieren gedenkt.

Von zentraler Bedeutung dürfte in diesem Zusammenhang die schul- und hochschulpolitische Aufgabe sein, Chancen der Partizipation an einer möglichst weit gefächerten Bildungspräsentation, die u.a. auch „den Stoff“ für die Entstehung und Weiterentwicklung eines kritischen Bewusstseins liefert, in der Breite herzustellen bzw. zu fördern und damit Privilegien der oben skizzierten Art abzubauen. Überdies wäre verstärkt für einen gesellschaftlichen Konsens darüber zu werben, dass Schule und Universität dringend aufgefordert sein sollten, im Repertoire ihres Angebotes gerade der Vermittlung solcher Wissensstrukturen und Sachverhalte, die für die *Diskursfähigkeit* eines jeden Einzelnen notwendig sind, besonderes Gewicht zu verleihen. Eine auf Emanzipation und gesellschaftliche Teilhabe zielende Bildungspolitik, die sich eine hinreichende „Versorgung“ der Bevölkerung mit Orientierungskennnissen zum Anliegen macht, lässt viele Individuen und eben nicht nur die Herrschaftseliten oder so genannten Leistungs- und Verantwortungsträger – von deren materiellen Bevorzugungen ohnehin einmal abgesehen - Chancen gewinnen, die für das Weltverständnis erforderlichen Sinnbezüge herzustellen und im Wechselspiel der im Einzelnen manchmal überaus spannungsreichen, teilweise auch widersprüchlichen gesellschaftlichen Prozesse und Bewegungen einen eigenen, nach Möglichkeit festen geistigen Standort zu finden. Theoriegeleitete Sozialkritik wieder in Basiskonstellationen sowie Bezügen der Lebens- und Arbeitsrealität verankert zu sehen – und dies gilt eben gerade auch für den Hochschulsektor – dürfte dann nur noch eine Frage der Zeit sein.

Die derzeitige *Praxis* der Hochschul-Pädagogik jedoch, die den allgemeinen Zeitendenzen offensichtlich sukzessive anheimfällt, wird der im Schulalltag praktizierten Pädagogik, die sich den verstärkenden politisch beabsichtigten Reglementierungstendenzen ebenfalls mehr und mehr willfährig zu unterwerfen durchaus anheischig macht, alsbald in nichts mehr nachstehen. Es wird aber mancher an der Universität vertretene, dem pädagogischen Handeln Orientierung bietende *theoretische* Anspruch fortleben, der sich beispielsweise wohltuend von einer Schulpraxis unterscheidet, die erschreckende Züge annimmt, wenn sich bewahrheitet, was in einem 2005 erschienenen Buch mit dem bezeichnenden Titel „Kontrollgesellschaft und Schule“ folgendermaßen ausgedrückt wird:

Das Unternehmen Schule gibt sich selbst ein Programm und schwört – so es didaktische Belange thematisiert – ihre Mitarbeiter auf eine spezifische Lehr-/Lernkultur ein. (s.u.) Zu erreichende Bildungsstandards, Kunden orientierte Outputplanung und Ressourceneffizienz sind dabei jedoch die Demarkationslinien schulautonomer Organisationsspielräume. Gleichzeitig wird das Schulmonitoring ständig ausgeweitet, der Schul-, Unterrichts- und Lernerfolg (zusätzlich zu den schulinternen) von schulexternen Instanzen kontrolliert. Die Schulen, die Lehrer, die Klassen, die Schülerleistungen werden nach möglichst standortunabhängigen bzw. objektiven Kriterien verglichen, „Rankings“ eingeführt (z.B. PISA-Studie, IGLU-Studie). (Patzner. In: Breit u.a. (2005), S. 66 f.)

Die Bildungspolitik setzt wohl auf ein hohes Maß an systemkonformer Flexibilität insbesondere bei denjenigen, die an Schule und Universität als Unterrichtende bzw. Lehrende tätig sind. Anpassungsbereitschaft und Elastizität wiederum neutralisieren genau das, was an sich vor aller Augen offenbar werden müsste, um gerade, wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend von all denen, die die vermutlich erst später voll zum Tragen kommenden Auswirkungen derzeitiger „Reformen“ spüren werden, auch wirklich als Missstand identifiziert werden zu können. Andererseits muss natürlich dem Bestreben vieler insbesondere hauptamtlich Lehrender an der Universität, - dem Bestreben also, ungerechtfertigte Härten für die Studierenden abzufedern, überhaupt durch entsprechendes Handeln zur Vermeidung von Chanceminderungen beizutragen, ein hohes Maß an Anerkennung entgegengebracht werden, ist es doch als humanisierendes Element zu verstehen in einer Gesellschaft, die sich insgesamt auf Verschärfung hierarchischer sowie geschickt verschleierter autoritärer Strukturen kapriziert.

„Demonstrieren und Opponieren“ (Offener Brief, 12.06.06), zwei rechtsstaatliche Möglichkeiten, abweichende Meinungen sowie auf Protest ausgerichtete Haltungen ins öffentliche Bewusstsein einzubringen, - Demonstrieren und Opponieren, diese beiden Formen der Willensbekundung werden zwar durch Wissensdefizite, insbesondere durch den Mangel an institutioneller Aufklärungsarbeit hintertrieben, haben aber – wenn man einmal singuläre, zumeist temporär stattfindende, von bestimmten Berufsgruppen getragene Protestaktionen außer Acht lässt – wahrscheinlich auch noch aus anderen Gründen keine Konjunktur. Sie finden jedenfalls kaum „Kristallisationspunkte“, öffentlichen Missfallenskundgebungen fehlt in der Regel eine tragfähige „Massenbasis“, und die Gefahr der Wirkungslosigkeit entsprechender Aktionen wird vermutlich als zu groß eingeschätzt. Mit anderen Worten: Resignation scheint um sich zu greifen.

Darüber hinaus gehört es seit geraumer Zeit zur Herrschaftspraxis von Verantwortungsträgern und Eliten, gesellschaftliche Restriktionen gewöhnlich als Reform auszugeben und diesen Reformgedanken wiederum dem Publikum in einer Weise anzudienen und schmackhaft zu machen, dass die Betroffenen letztlich alle Zuminutungen entweder willig oder „schlimmstenfalls“ missvergnüglich hinzunehmen

durchaus bereit sind. Wenngleich ein gewisses Maß an „Leidensfähigkeit“ mehr, als das früher der Fall gewesen sein dürfte, auch in der Studentenschaft verbreitet ist, und zwar u.a. aus den oben skizzierten Gründen, so sollte der Gedanke einer allgemeinen Unterwerfungsbereitschaft jedoch nicht in erster Linie mit Hochschülern in Verbindung gebracht werden – eine gewisse Protesthaltung hat hier letztlich ja doch eine tief verankerte Tradition. Die Aufmerksamkeit wäre unter diesem Aspekt zunächst vielmehr auf die große Zahl jener „Normalbürger“ in unserer Gesellschaft zu richten, denen Lasten häufig mit der Folge spürbarer materieller Schlechterstellung aufgebürdet werden, und zwar ganz im Unterschied zur kleinen Gruppe jener Privilegierten und Arrivierten, die in dieser Hinsicht, wenn nicht von allem, so doch zumindest von vielem verschont zu bleiben sich ausmalen dürfen.

Wie soll eine im Prozess der Entsolidarisierung begriffene Gesellschaft das Maß an Gemeinsamkeit finden, das notwendig wäre, um nicht nur die Unzufriedenheit mit den Herrschaftseliten zu demonstrieren, sondern um fundierte, auch in breiteren Schichten geistig verankerte Gegenpositionen zu entwickeln, mit denen überdies der illusionäre Charakter jener neoliberalen Zielvorstellungen zu entlarven wäre?

In diesem Zusammenhang ist wohl der Gedanke nicht ganz von der Hand zu weisen, dass sich die gegenwärtig durch Ökonomie sowie Politik forcierten Entwicklungen vermutlich in letzter Konsequenz an einer mehr- bzw. multidimensional strukturierten Lebenswirklichkeit brechen werden. Insofern ist der zu beobachtenden, zudem vielerorts propagierten Individualisierung, die derzeit wohl weniger von der Idee persönlicher Freiheitsrechte als vielmehr vom Gedanken eines ökonomischen Selbstbehauptungszwanges in einer krisenhaften Zeit gespeist wird, eine durchaus angenehme Seite abzugewinnen. Denn sie erweist sich gegenüber den von „oben“ lancierten Einseitigkeiten dann doch als sperrig und entzieht sich - entgegen einem gewissen Anschein übrigens – einer auf Stromlinienförmigkeit setzenden Inanspruchnahme.

Das in längerfristiger Perspektive zu vermutende Scheitern mancher Vorstellungen und Ideen, die sich momentan mit der Hochschulreform wie auch mit anderen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen verbinden, nährt die Hoffnung – was den kulturellen Bereich anbelangt - , dass das Humboldt'sche Bildungsideal, das auch in jenem Offenen Brief erwähnt wird, in der Ferne wieder aufdämmt. Beinahe wäre vorzuschlagen, hier von einem „Silberstreif am Horizont“ zu sprechen, wenn diese Formulierung nur nicht so schrecklich abgegriffen wäre!

Literatur:

Adolphs, Stephan; Hörbe, Wolfgang; Karakayali, Serhat: Globalisierung als Schule der Nation. Zum neokonservativen Globalisierungsdiskurs. In: Buntentbach, Annelie; Kellershohn, Helmut; Kretschmer, Dirk (Hrsg.) (1998): Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus. Duisburg: DISS, S. 98 – 119.

Dubiel, Helmut (1985): Was ist Neokonservatismus? Frankfurt/M.: Suhrkamp. - (=edition suhrkamp 1313/Neue Folge Bd. 313)

Patzner, Gerhard: Schule im Kontext neoliberaler Gouvernementalität. In: Breit, Helmut u.a. (Red.) (2005): Kontrollgesellschaft und Schule. Innsbruck u.a.: StudienVerlag, S. 53 – 71. - (=schulheft 118)

Wocken, Hans: Wider den Zensurenfetischismus - Bewertung von Prüfungsleistungen im BA-Studiengang/Offener Brief an die Fakultät. Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft; Fachbereich Erziehungswissenschaft; E-Mail vom 12.06.06, mit leichten Veränderungen auch abrufbar unter:

http://webapp5.rrz.uni-hamburg.de/fsr-db/Texte/Wocken_-_Wider_den_Zensurenfetischismus.pdf (letzter Abruf 04.11.2011)

Michael Pleister, März 2008

(mit vereinzelt Korrekturen und Ergänzungen versehen, Sept. 2009, Aug. und Nov. 2011)

Veröffentlichung: Forum Kritische Pädagogik (Online/ Mai 2008) (Forum in ursprünglicher Form seit Juli 2010 abgeschaltet)